

# „Wir wollen, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist“

Auch Tage nach den Enthüllungen des Recherchezentrums „Correctiv“ zu Abschiebefantasien einiger deutscher Politiker ist die Gesellschaft in Aufruhr. Unternehmen, die sich mit politischen Äußerungen oft zurückhalten, beziehen jetzt Stellung. Eine Umfrage der Börsen-Zeitung unter Dax-Konzernen.



Zahlreiche Teilnehmer leuchten mit den Taschenlampen ihrer Handys während einer Demonstration vor dem Bundesverwaltungsgericht. Mehrere tausend Teilnehmer folgen einem Aufruf des Leipziger Bündnisses „Leipzig nimmt Platz“ zu der Demonstration „Es reicht! Gegen die faschistischen Deportationspläne von AfD und Werteunion!“.



„Bei Adidas arbeiten Menschen aus rund 100 Nationen, unser Unternehmen steht für die Förderung von Vielfalt und Inklusion, und wir setzen uns als Unternehmen aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Gewalt und Hass in jeder Form ein.“



„Henkel ist ein sehr internationales Unternehmen; allein am Standort Düsseldorf beschäftigen wir Mitarbeitende aus 70 Nationen –weltweit sind es 124. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade verschiedene Hintergründe, Erfahrungen und Perspektiven sowie die gegenseitige Wertschätzung die Grundlage für unseren gemeinsamen Erfolg sind. Den Aufstieg von politischem Extremismus am rechten Rand in Deutschland beobachten wir mit Sorge.“



Roland Sackers, CFO: „Ich möchte die grundlegenden Werte, die Qiagen prägen, verdeutlichen: Als international agierendes Unternehmen, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus über 90 Nationen weltweit beschäftigt, darunter mehr als 50 Nationen an unserem deutschen Standort in Hilden, legen wir großen Wert auf Vielfalt, Inklusion und Respekt für jedes Individuum. Wir positionieren uns klar gegen Hass, Diskriminierung und politischen Extremismus.“



„Beiersdorf ist ein globales Unternehmen mit mehr als 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 102 Ländern. Wir glauben an eine Kultur des Miteinanders. Wir sind überzeugt: Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft angreift und sie zur Zielscheibe von Hass und Gewalt macht, untergräbt die Grundlagen der Menschenrechte und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.“



„Wir sprechen uns gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im eigenen Unternehmen und darüber hinaus aus. Wir fordern unsere Mitarbeitenden auf, diese Werte hochzuhalten und im täglichen Miteinander zu leben. Im Oktober 2023 hat sich Brenntag am gemeinsamen Pledge der deutschen Wirtschaft „Nie wieder ist jetzt“ beteiligt und damit öffentlich gegen Antisemitismus und jede Form von Hass in Deutschland Stellung bezogen.“



Nikolai Setzer, CEO: „Unsere eigene Vergangenheit hat uns gezeigt, wie schnell sich menschenverachtendes Gedankengut verbreiten kann. Deswegen: keine Chance für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung! Bei Continental setzen wir auf die Kraft der Vielfalt und fördern sie in allen Dimensionen. Sie macht uns als globales Unternehmen erfolgreich und als Gesellschaft stärker.“



„Als eine der Stützen der nationalen Sicherheit in Deutschland sowie der europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen lehnen wir Extremismus jeglicher Form ab und bekennen uns unmissverständlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“



Tim Höttges, CEO: „Der Wohlstand Deutschlands hängt mit davon ab, wie innovativ wir als Unternehmen und Volkswirtschaft sind. Dazu brauchen wir gute Bildung und die klügsten Köpfe aus aller Welt. Wer dies infrage stellt, schadet aus meiner Sicht nicht nur dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch dem Wohlstand und Wohlergehen der Gesellschaft. Bei der Telekom arbeiten viele Menschen mit Migrationshintergrund. Sie tun viel für unser Unternehmen. Und sie tun viel für unser Land. Sie gehören zu uns.“



„Rechtsextreme Tendenzen sind eine große Gefahr für unsere freiheitliche Grundordnung und unseren Standort. Rassismus und Intoleranz dürfen keinen Platz haben in einem offenen Land und einer global ausgerichteten Wirtschaft. Auch Investoren, die Deutschland gerade auch wegen unserer festen demokratischen Werte schätzen, schauen mit Sorge auf die Entwicklungen und zögern mit Investitionen.“



„Die MTU hat sich in der Vergangenheit immer wieder für Demokratie und Menschenrechte engagiert. Zuletzt aktiv im Zusammenhang mit der breit getragenen Aktion ‚Nie wieder ist jetzt!‘. Wir begrüßen die aktuell verstärkt wahrnehmbare Positionierung aus der Wirtschaft. Davon unabhängig bleibt es notwendig, dass sich die demokratische Mehrheit zu tragfähigen und angemessenen Lösungen zusammenfindet.“



„Aus der Erfahrung eines Unternehmens mit Mitarbeitenden aus mehr als 150 Nationalitäten wissen wir: Vielfalt fördert unsere Innovation, verbessert unser Engagement bei Kunden und Mitarbeitern und hilft, den Geschäftserfolg in dieser schnelllebigen, digitalen Welt sicherzustellen. Politischen Positionen und Bestrebungen, die diesen Ansatz in Frage stellen, erteilen wir eine klare Absage.“



Leonard Birnbaum, CEO (via LinkedIn): „Meine Mutter war Migrantin - aus Italien. Ich habe zwei Staatsbürgerschaften. Und für Eon ist die Möglichkeit Talente nach Deutschland zu bringen unverzichtbar. Viel mehr gibt es für mich zum Thema Remigration nicht zu sagen.“



„Wir sind ein globales Unternehmen, wir vertreiben unsere Produkte in mehr als 150 Ländern und stehen für Internationalität, freien Austausch über Ländergrenzen hinweg und offenen, fairen Welthandel. Wir sind folglich gegen Protektionismus, Forderungen nach dem Austritt aus der EU, dem Leugnen des Klimawandels oder dem Instrumentalisieren ökonomischer Sorgen für den Widerstand gegen eine nötige Transformation.“



Martin Daum, CEO: „Als globales Unternehmen steht Daimler Truck für Vielfalt und Welt-offenheit. Daher beobachte ich den aufkeimenden Nationalismus in unserem Land mit großer Sorge. Das Erstarken der AfD schadet nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern vergiftet auch das gesellschaftliche Klima. Die Partei hat keine Idee, geschweige denn eine Lösung. Sie nutzt den Ärger und die Wut der Menschen und schürt die Illusion, dass früher alles besser war.“



Markus Krebber, CEO (via LinkedIn): „Angesichts der Weltlage ist es kein Wunder, dass der Weltwirtschaftsgipfel in Davos in diesem Jahr besonders politisch ist. In vielen Gesprächen spürt man die Unsicherheit, die durch die Kriege und Krisen entstanden ist. Ganz sicher keine Lösung ist der Verfall in Nationalismus, der gerade in Deutschland zur größten historischen Katastrophe geführt hat. Deshalb finde ich es gut und richtig, dass es in Deutschland gerade viele Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gibt. Das zeigt, dass unsere Demokratie wehrhaft und lebendig ist.“



Jean-Jacques Henchoz, CEO: „Es besorgt mich, wie sich das Miteinander und der öffentliche Diskurs verändert und wie in Politik und Gesellschaft zunehmend mit Hetze polarisiert wird. Wir bei der Hannover Rück bekennen uns zu den freiheitlichen Grundwerten. Menschenfeindlichkeit jedweder Art hat bei uns keinen Platz. Für uns sind Demokratie, Offenheit, Respekt und Vielfalt die Grundlagen für erfolgreiches unternehmerisches Handeln sowie für das Wohl aller.“



CEO Jochen Hanebeck (via LinkedIn): „Nicht verhandelbar sind jedoch die Grundwerte unseres friedlichen Zusammenlebens. Hass und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die Idee der sogenannten Remigration ist menschenverachtend.“



„Demokratie mag die mühsamste Form des Zusammenlebens sein – mit Sicherheit aber ist es die beste. Bei der BMW Group arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus weltweit mehr als 110 Nationen erfolgreich zusammen. Es sind Menschen aus verschiedenen Kulturen, mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen und Weltanschauungen. Für die BMW Group arbeiten sie rund um den Globus in Teams zusammen – und entwickeln gemeinsam kreative Ideen und innovative Lösungen. Ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld und ein respektvolles Miteinander sind hierfür wichtige Voraussetzungen.“



Joachim Kreuzburg, CEO: „Offenheit, Toleranz und Respekt der Vielfalt und Andersartigkeit sind für das friedliche Miteinander essenziell. Die von der AfD und anderen Parteien und politischen Kräften in Europa, Nordamerika und weiteren Regionen propagierte Ausgrenzung und konkret der Gedanke von Remigration stehen dazu in klarem Widerspruch und sind mit meinen persönlichen Überzeugungen und auch mit den Unternehmenswerten von Sartorius nicht vereinbar.“



„Grundsätzlich lehnen wir jede Form von Extremismus und Diskriminierung aufs Schärfste ab. Rechtspopulismus ist nicht nur demokratie-, sondern auch innovations- und fortschrittsfeindlich. Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Und als Technologieunternehmen, das seit 175 Jahren in Deutschland zu Hause und in der Welt erfolgreich ist, wissen wir: Einfache Antworten auf diese Herausforderung gibt es nicht. Der Standort Deutschland wird nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn Innovationsgeist und Weltoffenheit unser gesellschaftliches Leitbild prägen. Gedankenspiele über eine so genannte Remigration sind zynisch und menschenverachtend.“



„Wir bei Heidelberg Materials sind der Auffassung, dass die Wirtschaft immer wieder klar Stellung zu Themen wie Innovation durch Vielfalt, Attraktivität des Standorts Deutschland für ausländische Talente oder den Folgen des Klimawandels beziehen muss. In unserer Hauptverwaltung in Heidelberg arbeiten Kolleginnen und Kollegen aus über 50 Ländern engagiert zusammen. Dass Heidelberg Materials als Unternehmen für Integration, für gegenseitiges Verständnis und für das Verbot von Diskriminierung kämpft, ist für uns selbstverständlich.“



Christian Bruch, CEO Siemens Energy: „Alle großen Herausforderungen wie etwa der Klimawandel oder Migrationsströme als Folge von Wohlstandsgefällen sind global. Ein Zurück in nationalstaatliches Denken wäre fatal. Wir sind überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit in Deutschland und anderen Ländern Europas eine reale Bedrohung für unsere Demokratien sehen. Das gilt für die Zivilgesellschaft wie die Unternehmen. Es gilt jetzt, dieses auch offen anzusprechen. Wir müssen laut und deutlich sagen: Hass und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz.“



„Parteien, die extremes, häufig rückwärtsgewandtes Gedankengut verbreiten, fördern Abschottung, Freund-Feind-Schemata, gesellschaftliche Spaltung und vereinfachendes Nullsummendenden. Damit kommt aber Deutschland wie jede komplexe Gesellschaft und Volkswirtschaft nicht weiter. Im Gegenteil: Wenn die gesellschaftliche Basis weiter erodiert, schadet das insbesondere dem rationalen Diskurs und letztlich der Innovationskraft, einem der wichtigsten Assets des Landes für wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung.“



Robert Gentz, Co-CEO: „Bei Zalando arbeiten Menschen aus über 140 Nationen, die über 50 Millionen Kunden und Kundinnen in 25 europäischen Märkten dabei helfen, mit Mode ihrer Individualität frei und vielfältig Ausdruck zu verleihen. Bayer verurteilt jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Diskriminierung einzelner Gruppen. Diese Position machen wir deutlich, wann immer es aus unserer Sicht notwendig ist, sowohl als einzelnes Unternehmen als auch auf verschiedenen Plattformen, z.B. im Rahmen der Unternehmensinitiative ‚Nie wieder ist jetzt!‘“



„Die Berichterstattung zu Diskussionen um eine umfassende ‚Remigration‘ haben wir mit großer Sorge verfolgt. Die Vorgänge bestärken uns darin, unsere Position bei allen Gesprächen mit gesellschaftlichen Stakeholdern deutlich zu machen. Bayer verurteilt jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Diskriminierung einzelner Gruppen. Diese Position machen wir deutlich, wann immer es aus unserer Sicht notwendig ist, sowohl als einzelnes Unternehmen als auch auf verschiedenen Plattformen, z.B. im Rahmen der Unternehmensinitiative ‚Nie wieder ist jetzt!‘“



Rolf Buch, CEO: „Wenn alle Menschen mit Migrationshintergrund das Ruhrgebiet verlassen würden, wäre es leer und sehr einsam bei uns. Nur durch Zuwanderung konnte das Ruhrgebiet seine wirtschaftliche Kraft entfalten und Wohlstand für die Menschen in ganz Deutschland bringen. Es ist verrückt: Wir betreiben einen enormen Aufwand, um Fachkräfte aus Kolumbien für uns zu gewinnen, damit sie hier in Deutschland arbeiten können. Und da gibt es Menschen, die unsere Fachkräfte wieder wegschicken wollen, weil sie oder ihre Eltern nicht in Deutschland geboren wurden. Das darf nicht sein.“